

Bezugspreis:

Stetsjähr 4.- M., monat 1.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 1.- M. ggf. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 6.25 M., für das übrige Ausland 10.25 M., bei täglich einmal. Zustellung 8.25 M. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz. Eingetragenes in die Post-Zeitungs-Preisliste.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Welt“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Kompatibelzeile kostet 1.50 M. „Kleines Anzeigen“, das festgedruckte Wort 60 Bg. (zulässig 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 40 Bg. Stellungsgebühr und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 60 Bg., jedes weitere Wort 30 Bg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Feuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1.50 M. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 8 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 8 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Donnerstag, den 16. Oktober 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Verhandlungen im Metallarbeiterstreik.

Der italienische Parteitag.

Die Haltung der italienischen Partei während des Kriegs ist bekannt: die Partei hat den Krieg von Anfang an verworfen, jede Verantwortung für ihn abgelehnt; vaterländische Kundgebungen jeder Art sind in den Reihen der Parteigenossen streng unterdrückt und mit Ausschluß geahndet worden. Es wurde seinerzeit Turati sogar verurteilt, als er nach den Tagen von Caporetto in der Kammer von der Pflicht der Landesverteidigung sprach.

Jetzt ist der Krieg vorüber und es gilt für die Partei, aus der heutigen Lage die praktischen und taktischen Folgen zu ziehen, die sich aus der Ablehnung jeder Verantwortung für das Vergangene und für seine tiefgreifenden Nachwirkungen ergeben können. Die Haltung der Partei in dieser Zeit der Gärung und Neugestaltung wird natürlich wesentlich durch internationale Ereignisse, vor allem durch die russische Revolution beeinflusst. Und die Einschätzung des kulturellen Wertes und der Lebensfähigkeit des russischen Kommunismus ist begrifflicherweise nicht die gleiche in allen Teilen der Partei, wobei das italienische Proletariat, wie wohl das Proletariat aller Länder, dem tragischen Verhängnis unterliegt, in einer so ungeheuer wichtigen Entscheidung auf Nachrichten angewiesen zu sein, die durch Absicht oder Unberstand systematisch gefälscht wurden.

Auf dem Parteitage zu Bologna traten drei verschiedene Strömungen zutage, drei verschiedene Bewertungen der durch den Krieg geschaffenen Lage und der sich aus ihr im Interesse des Proletariats ergebenden Haltung der Partei. Der Sieg in der Richtung geblieben, die bisher den Parteivorstand und den „Avanti“ in Händen hatte, den sogenannten Maximalisten, die an die Möglichkeit glauben, eine kommunistische Republik der Arbeiterräte durch bewaffneten Aufstand in Italien zu verwirklichen.

Der einseitige reformistische Flügel, als dessen Führer Turati gilt und dem fast die ganze sozialistische Parlamentsfraktion angehört, steht auf dem Standpunkt, daß die durch den Krieg geschaffene Lage für die Partei keine entscheidende, mit der Vergangenheit brechende Aenderung der Taktik einschließt. Die bürgerliche Gesellschaft ist durch den Krieg in ihren Fugen erschüttert. Daraus folgt aber — für die Reformisten — noch nicht, daß das Proletariat reif ist, das Bürgertum abzuschaffen und die Leitung der Gesellschaft in die eigenen Hände zu nehmen. Es liegt vielmehr im Interesse des Proletariats, daß die durch den Krieg geschaffene wirtschaftliche Krise dem heutigen Regime, das sie veranlaßt hat, auch zur Last falle und daß nicht eine sozialistische Gesellschaft das Erbe der Kriegsnote antrete. Die Taktik der Partei müsse darauf gerichtet sein, der Bourgeoisie in dieser Zeit der Zerrüttung möglichst viel Zugeständnisse abzurufen. Die instematische Schulung zum bewaffneten Aufstand lehnen die Reformisten ab. Eine revolutionäre Lage, sagen sie, zeitigt die Gewalt, aber die Gewalt schafft nicht die revolutionäre Lage.

Durch den Druck der Verhältnisse haben die Reformisten auf dem Parteitag keine eigene Tagesordnung vertreten, sondern hoben ihre Stimmen mit denen der sogenannten maximalistischen Einheitsfraktion verschmolzen. Diese Richtung, deren Führer Constantino Lazzari und der Abgeordnete Rassi sind, will die Ziele des Maximalismus, aber nicht den Weg des schon jetzt vorzubereitenden bewaffneten Aufstandes. Sie fordert weiter Duldsamkeit für alle Richtungen innerhalb der Partei. Die Eroberung der politischen Macht im Sinne des kommunistischen Manifestes ist dahin zu verstehen, daß „diese Eroberung die Verdrängung der bürgerlichen Institutionen durch Arbeiterräte anstrebt, in deren Hände die politische Macht übergeht“. Obwohl die Tagesordnung der Einheitsfraktion die früheren Reformisten mit einem Teil der früheren Intransigenten vereinigte, blieb sie doch stark in der Minderheit: für sie stimmten 339 Delegierte mit 14 880 Stimmen, während für die maximalistische Tagesordnung Serrati 1012 Delegierte mit 48 411 Stimmen ihr Wort abgaben.

Eine zwar sehr lärmende, aber der Zahl nach winzige Minderheit — 67 Delegierte mit 3417 Stimmen, unter der Führung des Genossen Bordiga — sprach sich für den bewaffneten Aufstand aus, für die Bezeichnung der Partei als „kommunistische italienische Partei“, für den Ausschluß aller Mitglieder, die den bewaffneten Aufstand ablehnen, und für die Wahlenthaltung bei den bevorstehenden Parlamentswahlen.

Die Tagesordnung der Maximalisten, die von allen Mitgliedern des bisherigen Parteivorstandes, mit

Einigung in Sicht?

Noch darf man hoffen, daß die im Arbeitsministerium zurzeit stattfindenden Verhandlungen ein Ergebnis zeitigen, wonach eine erhebliche Verschärfung des Kampfes in der Metallindustrie und ein Ubergreifen desselben auf das Groß-Berliner Verkehrs- und das übrige Wirtschaftsleben unterbunden wird.

Sowohl die Unternehmer wie auch die Arbeitervertreter dürfen bei gewissenhafter Würdigung der Streitfragen nicht aus dem Auge verlieren, daß ein einseitiges Verharren auf einem einmal eingenommenen Standpunkt den Konflikt immer mehr verschärft. Die Unternehmer sollten durch weitgehendstes Entgegenkommen beweisen, daß ihre wiederholt abgegebene Erklärung, sie dächten nicht an einen Abbau der Löhne, auch wirklich ernst gemeint ist. Und die Pflicht der Arbeitervertreter wiederum ist es, der Unterstellung, als handele es sich bei diesem Kampfe um politische Ziele gewissenloser Drahtzieher, durch ernste und objektive Beurteilung der Verhältnisse zu begegnen.

Die auf Donnerstag vormittag im Arbeitsministerium anberaumte Sitzung zwischen dem Verband der Berliner Metallindustriellen und den streikenden Metallarbeitern mußte verschoben werden. Sie wird im Laufe des Nachmittags stattfinden. Die Möglichkeit einer Einigung ist sehr wohl gegeben, da beide Parteien sich bereit erklärt haben, auf Grund des Schiedsvorschlages des Ministers weiter zu verhandeln.

Es ist daher kaum anzunehmen, daß es vor der Einigung durch die Verhandlungen zu einer größeren Ausdehnung des Streiks kommt.

Ausnahme Lazzaris, vertreten wurde, sei im Hinblick auf ihre große Bedeutung im Wortlaut wiedergegeben:

„Der in Bologna vereinigte Parteitag der sozialistischen Partei Italiens erkennt an, daß das Programm von Genua durch die Ereignisse und die internationale Lage, die die durch den Krieg folgende Weltkrise geschaffen hat, überholt worden ist.“

Er erklärt, daß die russische Revolution — dieses beglückendste Ereignis in der Geschichte des Proletariats — in allen Ländern kapitalistischer Zivilisation die Notwendigkeit gezeitigt hat, ihre Verbreitung zu erleichtern; in Erwägung, daß bis jetzt keine herrschende Klasse auf ihre Herrschaft verzichtet hat, ohne durch die Gewalt dazu gezwungen zu sein, und daß die ausbeutende Klasse von der Gewalt Gebrauch macht, um ihre Vorrechte zu verteidigen und die Befreiungsversuche der bedrückten Klasse zu ersticken; daher spricht der Kongreß die Ueberzeugung aus, daß das Proletariat von der Gewalt Gebrauch machen muß, um die Gewalt der Bourgeoisie zurückzuweisen, um die Macht zu erobern und die revolutionären Errungenschaften zu festigen.

Er betont die Notwendigkeit, das Augenmerk auf die geistige und technische Vorbereitung zu richten. In bezug auf die gegenwärtige politische Lage und den bevorstehenden Wahlkampf, beschließt der Kongreß die energische Betonung der kommunistischen Grundsätze und die Zerrüttung der Organe der bürgerlichen Herrschaft der Wahllegislation zugrunde zu legen. Im Einklang mit den dargelegten Erwägungen beschließt der Parteitag, das

Parteiprogramm

umzugestalten und ihm die folgende Formulierung zu geben: In Erwägung, daß in der heutigen Gesellschaftsordnung die Menschen in zwei Klassen getrennt sind: die der ausgebeuteten Arbeiter und die der Kapitalisten, die den sozialen Reichtum inne haben und monopolisieren; daß die Lohnarbeiter beiderlei Geschlechts in allen Berufen und Lagen durch ihre wirtschaftliche Abhängigkeit das Proletariat bilden, das in einem Zustande des Elendes, der Minderwertigkeit und der Bedrückung gehalten wird;

in Erwägung, daß die heutigen wirtschaftlich-sozialen Einrichtungen, die das verhasste politische System verteidigt, die Herrschaft der Monopolisatoren des sozialen und natürlichen Reichtums über die Arbeiterklasse darstellen;

daß die Arbeiter ihre Befreiung nur durch die Sozialisierung der Arbeitsmittel (Werkzeuge, Fabriken, Verkehrsmittel usw.) und durch die gesellschaftliche Verwaltung der Produktion erlangen können;

in Erwägung, daß die kapitalistische Gesellschaft und der aus ihr folgende Imperialismus blutige Kriege entfesselt hat und in Zukunft in immer größerem Umfange entfesseln wird;

daß allein der Sozialismus zum bürgerlichen und wirtschaftlichen Frieden führen wird;

daß die in allen Kulturländern zutage tretende Zerrüttung offenkundig den Bankrott anzeigt, der Sieger und Besiegte bedroht;

der politischen und wirtschaftlichen Macht durch das Proletariat führt;

daß die Werkzeuge der Bedrückung und Ausbeutung der bürgerlichen Herrschaft (Staat, Gemeinde und öffentliche Verwaltungen) in keiner Weise in Organe proletarischer Befreiung umgestaltet werden können;

daß diesen Werkzeugen neue proletarische Werkzeuge entgegengesetzt werden müssen (Arbeiterräte, Landarbeiterräte, Wirtschaftsräte usw.), die zuerst in bürgerlichem Regime funktionieren, als Organe des gewalttätigen Befreiungskampfes, um dann die Träger der sozialen und wirtschaftlichen Umgestaltung und der neuen kommunistischen Ordnung zu werden;

daß die gewalttätige Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiter den Uebergang dieser Macht von der bürgerlichen auf die proletarische Klasse bewirken muß und den Eintritt in das Uebergangsregime der Diktatur des gesamten Proletariats;

daß in diesem Regime der Diktatur die geschichtliche Periode der sozialen Umgestaltung durch den Kommunismus beschleunigt werden soll, worauf mit dem Verschwinden der Klassen auch jede Klassenherrschaft verschwindet und die freie Entwicklung jedes einzelnen die Bedingung der freien Entwicklung aller wird, beschließt der Parteitag:

- 1. Die Organisation der sozialistischen Partei Italiens den oben dargelegten Grundföhen anzupassen;
2. der dritten Internationale beizutreten, als dem Organ des Weltproletariats, das diese Grundföhe vertritt und verteidigt;
3. bei den auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaften dahin zu wirken, daß sie ihre Tätigkeit auf den vollkommensten Sieg der dargelegten Grundföhe richten.“

Weinake drei Viertel der auf dem Parteitag vertretenen Genossen haben für diese Tagesordnung gestimmt, wozu sie durch ihr Mandat verpflichtet waren. Die Frage der Duldung der Nicht-Maximalisten ist nicht in der Resolution berührt. Nicola Bombacci hat die Auffassung seiner Richtung über diese Frage in die folgenden ungeweihten Worte gefaßt, die unter seinen Anhängern auf keinen Widerspruch stießen: „Wir wissen, daß in unsern Reihen Menschen sind, die nicht denken, wie wir; ihnen sagen wir: geht weg, denn später werdet ihr mit Fußtritten weggejagt.“

Eine Würdigung der Bedeutung, die der Sieg der Maximalisten auf die Geschichte des Landes haben dürfte, verbietet sich heute durch die Verhältnisse. Für das innere Parteileben zeitigt er eine merkwürdige Situation. Die der wegjagenden Fußtritte gewärtigen Parteigenossen bilden die große Mehrheit der sozialistischen Parlamentsfraktion. In knapp fünf Wochen finden die Parlamentswahlen statt. In 16 Tagen läuft die Frist für die Einreichung der Kandidatenlisten ab. Wird man es, aus Zeitmangel, bei den bisherigen Vertretern lassen, obwohl sie in den Augen der obliegenden Mehrheit veraltet und verpöht sind?

Diese und alle innerpolitischen Fragen schrumpfen aber bis zur Belanglosigkeit ein gegenüber dem einen Problem, ob nämlich die Kongreßmehrheit die Macht und Gestaltung der Massen richtig eingeschätzt hat. Von den sittlichen Werten der Massen, dem Grade ihres sozialen Bewußtseins, von ihren technischen Fähigkeiten und ihrer Einsicht in die ehernen Notwendigkeiten der Produktion, mit einem Worte: von dem heute schon erreichten Grade sozialistischer Erziehung des italienischen Proletariats hängt es ab, ob in Bologna eine frohe Volkshaut verkündigt wurde, eine schmerzliche Drohung geschleudert oder in frevelhaftem Leichtsinne Hoffnungen und Begierden geweckt wurden, die der blutigen Tragödie des Krieges ein blutiges Possenspiel folgen lassen . . .

Erklärung.

Mit dem heutigen Tage nehme ich meine Tätigkeit als Berichterstatter des „Vorwärts“ aus Italien wieder auf. Indem ich dies tue, trete ich in die Reihen der Mehrheitspartei.

Wenn ich mich unterfange, aus der Ferne eine derartige Entscheidung zu treffen, nachdem ich fünf Jahre lang nichts über meine Heimat erfahren habe, das nicht durch Haß oder Interessen verzerrt und entstellt gewesen wäre, so bin ich mir wohl bewußt, nicht auf Grund genauer Sachkenntnis zu handeln und nicht das Fazit programmatischer Erwägungen zu ziehen. Meiner Entscheidung liegt jedes Aburteilen fern. Ich will mit ihr nicht einmal sagen, daß ich mich, wenn ich den Krieg in Deutschland hätte durchleben dürfen, zur Mehrheitspartei geschart hätte. Das weiß ich nicht. Der Krieg hat gezeigt, wie unendlich wenig wir von uns selber wissen.

Das eine aber weiß ich, weil ich es als unmittelbar trübste Gewißheit in schweren Jahren erlebt habe, daß das Gefühl der Zugehörigkeit zum eigenen Lande und zum eigenen Volke zu mir gehört als ein untrennbarer Teil meiner Persönlichkeit. Daß das Vaterland in Not jedes Gefühl internationaler Gemeinschaft in schemenhafter Ferne rückt, wie ich

Karl Kautskys 5. Geburtstag.

Zu Karl Kautsky, der heute in voller geistiger Frische seinen 65. Geburtstag begeht, blickt das ganze sozialistische Proletariat, ohne Unterschied der Parteirichtung, auf. Hat doch jeder, der heute über theoretisches sozialistisches Wissen verfügt, in der einen oder anderen Form von Kautsky und durch Kautsky gelernt. Viele Tausende verdanken seinen popularisierenden Schriften den Schlüssel des Verständnisses zu den klassischen Gedankengängen Karl Marxens, weitere Tausende haben an der Hand seiner Schriften ihr marxistisches Wissen weiter geschult und weiter ausgebaut.

Die wissenschaftliche Leistung Karl Kautskys für die Sozialdemokratie ist unbestritten. Seine politische Leistung wird bei den gerade jetzt besonders hoch gehenden Wogen des Meinungsstreites mehr kritisiert denn je. Denn Kautsky ist nicht nur stiller, in die Gelehrtenstube zurückgezogener Wissenschaftler, sondern aktiver Politiker, stets bestrebt, seine theoretischen Erkenntnisse bei allen Tagesfragen in praktische Konsequenz umzusetzen. Daß er dabei manches Mal gefehlt hat, wer möchte es bezweifeln? Ist doch Politik eben nicht nur „angewandte Wissenschaft“, sondern noch etwas mehr, was sich wissenschaftlich weder wagen noch messen läßt.

Dennoch stellt Kautsky kraft seines Wissens und seiner theoretischen Durchbildung eine unbestrittene politische Autorität dar, und wir können mit einem gewissen Stolz konstatieren, daß sein wissenschaftliches Urteil heute unserer Staatsauffassung wesentliches Recht gibt, wenn auch politisches Temperament und Fragen der vergangenen Kriegspolitik Kautsky den Reihem der Unabhängigen zugeführt haben.

In der Frage „Demokratie oder Rätediktatur?“ hat Kautsky mit unerwarteter Konsequenz an dem Standpunkt der Demokratie festgehalten, während die meisten seiner engeren Parteigenossen immer mehr in die Gedankengänge des Bolschewismus hinüberglitten. Kautsky hat Stand gehalten, aber sein Einfluß in der U. S. V. D. ist infolgedessen stark gesunken, so daß auf der letzten Parteitagung der Unabhängigen direkt das Verlangen geäußert werden konnte, Kautsky von Partei wegen einen Maulkorb anzuhängen, weil seine Wissenschaft die Partei schädige. Auch zu dem pompösen Artikel, mit dem die „Freiheit“ ihn heute feiert, dürfte Kautsky etwas wehmütig — frei nach Lessing — sagen: „Wir wollen weniger erhoben und fleißiger befolgt sein“.

Ueber den geistigen Kampf Kautskys gegen die bolschewistische Theorie findet Otto Bauer in dem soeben erschienenen Wiener „Kampf“ ein paar sehr treffende Worte. Nachdem er Kautskys Kampf gegen die revisionistische Strömung um die Jahrhundertwende geschildert hat, fährt Bauer fort:

Mit gleicher Festigkeit wie damals die revisionistische Kampfkraft Kautsky heute die bolschewistische Modetheorie. Die russische Oktoberrevolution gab zum erstenmal dem Proletariat die Herrschaft über ein ganzes großes Reich; sie hat daher die leidenschaftliche Begeisterung der Proletarier aller Länder hervorgerufen. Die Verlesung und Revolutionierung der Massen durch den Krieg trieb überall zur Nachahmung. So entstand aus der Stimmung der Massen die neue Modetheorie. Sie betrachtet die Kampfmittel und Organisationsformen, die dem russischen Proletariat ganz besondere, örtlich und zeitlich bedingte, in Russland selbst teilweise schon überwundene, in seinem anderen Lande wiederkehrende Umstände aufgebracht haben, als die allein möglichen, allein ziel führenden Kampfmittel und Organisationsformen, deren sich die proletarische Revolution in jedem Lande, zu jeder Zeit, unter allen Umständen bedienen müsse. Die russische Methode wird ihr zum Kanon aller proletarischen Revolution. Moskau ist ihr Welta und Lenin ihr Prophet. Kautsky widersteht sich dieser Kanonisierung. Und sofort erheben sich alle gegen ihn, die immer gern nach der letzten Mode frisiert sind. Wie vor anderthalb Jahren, als er die Grenzen der Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften feststellte, die Gewerkschaftsbewegung ihn der Feindschaft gegen die Gewerkschaften sich, so schilt ihn heute, weil er

den Wunderglauben an die Wunderkraft des „Räteystems“ nicht teilt, die neue Räteführerschaft einen kleinbürgerlichen Reformismus. Und weil er den Weg nicht gehen will, der nach seiner, in ökonomischer und historischer Erkenntnis gegründeten Überzeugung zur verhängnisvollen Niederlage der Arbeiterklasse führen muß, darf der jüngste Novemberkommunist den greisen Revolutionär einen „Sozialverräter“ schimpfen. Aber der fünfundsiebzigjährige ist so unbeeugsam und so kampflustig wie in seinen jüngsten Tagen; eine prächtige Streitschrift nach der anderen schenkt uns seine unermüdete Feder.

Die letzten literarischen Erzeugnisse Kautskys, auf die Bauer hier anspielt, sind an dieser Stelle eingehend gewürdigt worden, namentlich die Schrift über „Terrorismus und Kommunismus“. Von den dort niedergelegten Auffassungen trennt uns keine grundsätzliche Schranke. Würde die ganze unabhängige Partei sich entschließen, auf den Boden dieser Schriften ihres bedeutendsten Theoretikers zurückzuführen, so könnte die Einigung des Proletariats von heute auf morgen Tatsache werden.

„Wahrheit“ und „Freiheit“.

In der gestrigen Sitzung der Preussischen Landesversammlung hat der Abgeordnete Dr. Kurt Rosenfeld sich darüber beschwert, daß die berüchtigte Zeitung „Wahrheit“ ihn bezichtigt hätte, gegen hohes Honorar Satzungen für einen Spielklub entworfen zu haben, und hat ganz ungeschicklich den Ministerpräsidenten Genossen Hirsch, der doch sicher mit diesem Antisemitenblatt nichts zu tun hat, mit der Sache in Verbindung gebracht. Aber das Parteiblatt des Dr. Kurt Rosenfeld, die „Freiheit“, beschuldigt wahrheitswidrig den Polizeipräsidenten von Charlottenburg, Genossen Richter, Mitglied eines Spielklubs, Spieler und Trinker zu sein. Darüber entrüstet sich Dr. Kurt Rosenfeld nicht!

Für und über steht fest, daß die „Freiheit“ auf dem Niveau der „Wahrheit“ gelandet ist.

Kartoffelernte und Schweinehaltung.

Von einem ländlichen Sachverständigen wird dem „Vorwärts“ geschrieben:

Die Kartoffelernte fällt wesentlich geringer aus, als man vor kurzem noch erwartet hatte. Dennoch besteht keine Gefahr, daß sie für die Ernährung der Bevölkerung nicht ausreichen könnte. Sehr viel schwieriger wird es sein, zu verhindern, daß die Knappheit an Kartoffeln nicht einen Rückschlag in der Schweinehaltung bringt, während doch im Gegenteil deren weitere Förderung mit Rücksicht auf die Schonung der Rindviehbestände und die allmähliche Befreiung von den großen Ausgaben für Auslandsfleisch — sehr dringend erwünscht wäre.

In den Vorkriegsjahren hatte geringe Kartoffelernte jedesmal eine starke Einschränkung in der Schweinehaltung zur Folge, die für die Bevölkerung dadurch zur Geltung kam, daß das Angebot an Schweinefleisch im Winter und Frühjahr des schlechten Erntejahres sehr gering, im nächstfolgenden Herbst und Winter und noch weiterhin aber knapp und teuer wurde, auch wenn die Ernte dann gut war. Das liegt daran, daß die Landwirte, besonders auch die kleinen und kleinsten, in deren Händen die Schweinezucht zum größten Teil liegt, sich aus Mangel an Kartoffeln und in der Verunsicherung, daß die Ferkel billig würden, veranlaßt haben, auch die Sauen, die ja bei nächster besserer Ernte verhältnismäßig leicht wieder zu ersetzen waren, abzuschaffen.

Kollektivistisch möchte sich damals solch zeitweiliger Ausfall einer erheblichen Anzahl Muttertiere so gleich stark bemerkbar; bei unserer jetzigen Lage wäre es außerordentlich bedenklich, wenn es zu einer Einschränkung namentlich der Zuchtschweine und damit zu einer Verringerung unserer ganzen Schweinebestände für längere Zeit käme. Es erscheint daher dringend notwendig, daß Maßnahmen getroffen werden, die das verhindern, was um so leichter durchführbar sein dürfte, als erstens die Zuchtschweine mit ihrem jungen Nachwuchs verhältnismäßig billig zu ernähren sind und zweitens die Landwirtschaft in eigenen Interesse mit Rücksicht auf die sonst gefährdeten Rindviehbestände willig mithelfen wird.

auch heute fähig und weise, daß jede Kränkung, Bedrückung und Beeinträchtigung eines Volkes sein nationales Gefühl steigern muß bis zum Fanatismus und daß sich eine wirklich in den Völkern wurzelnde internationale Gemeinschaft nur auf dem Verstehen und Wachen jeder Nationalität bilden kann, nie aber ausüben kann vom Nichtverstehen und Nichtachten des eigenen Volkstums.

Ich spreche niemand, am wenigsten meinen Freunden vom früheren linken Flügel der Partei, den guten Willen und die lautersten Absichten ab, aber vergessen kann ich es nicht, daß unseres Volkes Feinde die Worte und Taten der Unabhängigen gegen Deutschland gewendet haben in unseres Landes schwersten Stunden. Ich achte den, der an das Ideal des Internationalismus glaubt und es höher stellt als die Liebe zum eigenen Lande, aber ich fühle nicht mit ihm.

Wer den Krieg in der Fremde durchlebt hat, wo Haß und Meißel und Lüge tagtäglich den Namen unseres Volkes in den Reden hören hat das Wort Vaterland und Heimat in einem besonderen Klang bekommen. Und wer als Sozialist empfand, daß ihm Heimatboden heiliger Boden ist, wer die Vaterlandsliebe des Ausländers aus der eigenen Vaterlandsliebe heraus zu achten und zu verstehen sucht, dessen Platz ist — soweit ich deutsche Verhältnisse aus der Ferne beurteilen kann — in den Reihen der Mehrheitspartei, in Erwartung jener Zeiten, wo es in der deutschen Sozialdemokratie kein Haben und Draben mehr gibt.
Rom, 10. Oktober 1919. Oda Olberg.

Der Krieg im Baltischen Land.

Im Baltischen Land wird fest geschossen. Die Bolschewisten treten dabei in den Hintergrund der militärischen Absichten. Die antibolschewistischen Brüder haben sich in den Saaren. Die in die Verbände des Nordweststrassen Verbands Maloff übergetretenen ehemals reichsdeutschen Truppen stehen nach Rigaer Meldungen bereits im ernstesten Kampfe mit den Letten. Die Deutschen sind dabei sehr beträchtliche Segner, da sie über Artillerie verfügen. Sie schließen damit auf Riga, daß in den Händen der vereinigten Letten und Esten ist.

Wir können uns bei der Beurteilung der Lage im Augenblick nur auf lettische Meldungen stützen, die natürlich sehr hoffnungsfreudig sind und mit größter Vorsicht aufgenommen werden müssen. So wird behauptet, daß das lettische Oberkommando ein Friedensangebot Vermondt Maloff entschieden abgelehnt hat. Weiter wird festgestellt, daß die bei den Kämpfen bei Oei und Riga gemachten Gefangenen aus Vermondt's Truppen fast ausnahmslos reichsdeutsche gewesen seien, und zwar bayerische Truppen, die erst unlängst nach Kurland gebracht worden sind. Weiter sehen die Letten als bewiesen an, daß trotz der Ententeorderung kein Rücktransport, sondern neuer Antransport deutscher Truppen stattgefunden habe. Das Eintreten reichsdeutscher in russische Formationen sei durch die deutsche Regierung nicht verhindert worden. Zwischen den „richtigen“ Russen und den „deutschen“ mache sich ein Gegensatz bemerkbar, der sich durch das Gedenken an die alte Waffenbrüderschaft von Russen und Letten gegen Deutschland zugunsten der Letten bemerkbar machen müsse.

Eine Meldung aus Rowno berichtet, daß die litauischen Truppen von der bolschewistischen und polnischen Front gegen die in Schaulen stehenden deutschen Truppen des Obersten Wirgollisch abgezogen worden sind.

Durch Vermittlung des Generals Eberhard, der sich bei den Litauern eines guten Rufes erfreut, wurden Verhandlungen eingeleitet, die augenblicklich noch im Gange sind. Die Litauer fordern unbedingte Räumung des litauischen Gebietes.

Haases Befinden. Der Gesundheitszustand Haases, der am Mittwoch ein außerordentlich ernster war, hat sich ein wenig gebessert. Das Fieber steht nicht mehr ganz so hoch wie am Tage zuvor.

Der neue Kurs. Am Montag ist dem Reichstag in Kalau Genosse Wendemuth zum Landrat des Kreises Kalau-Senftenberg mit 29 gegen 9 Stimmen gewählt worden.

Die Teuerungszulage.

Eine Tragikomödie von Theodor Thomas.

An der nächsten Zeit soll's auch wieder eine Zulage geben, lange genug hat's gedauert.

Diese inhaltreichen Worte sprach während des Kaffees so ganz nebenbei Toni Hartmann zu seinem Ehegatten, die gerade mit Brot schneiden beschäftigt war.

Lina gab nur so obenhin ein paar Brummsätze von sich, die wie Rummeln klangen, lächelte aber ruhig an der Brotrolle weiter. Was war da groß zu sagen. Gebrauchen konnte sie es schon lange.

Sie packte Toni das Brot ein; da auch er nichts weiter sprach, war die Teuerungszulage zwischen den beiden theoretisch erledigt. Er glaubte, seine Frau müsse es gar nicht richtig verstanden haben. Sonst hätte sie doch wohl mehr dazu gesagt, wie nur Wammus...

„Das hat die nicht klappt. Für das Geld laß ich mir einen hipp-toppen Wintermantel bauen. Kesch, äsch, ladte er sich heimlich zu; gefügt hab ich's ihr, wenn es sie nicht interessiert, is es mir auch recht.“

Lina hatte die paar Worte von Toni aber recht gut verstanden. Die Teuerungszulage ging ihr nicht mehr aus dem Sinn. Wenn sie nur gewußt hätte, was eigentlich dabei heraussprang. Gerade jetzt gab es viel zu kaufen: Holz für den Winter, Wäsche für die Kinder und — ein paar Stiefel für Toni. Mit denen er jetzt auf republikanischem Boden waltete, das waren nur noch Jergärten für die Fußgänger.

Im ersten Stock wohnte eine gute Freundin. Die zog Lina ins Vertrauen, mit ihr beratschlagte sie, wieviel „es“ wohl sein könnte. Die wußte es auch nicht. Sie hatte aber in der Zeitung von der Staatszulage für die Beamten gelesen, deshalb bemerkte sie: „So an die zwöfshundert Mark bei drei Kindern werden wohl herauskommen.“ Die gute Frau meinte nämlich, der preussische Landtag bewillige gleich für alle zweibeinigen Wesen eine Teuerungszulage.

Frau Hartmann schwamm in Wonne. Sie bestellte Holz und Antofeln, suchte für die Kinder wolleme Schmalz aus, kaufte Wäsche, drei Pfund amerikanisches Schmalz, für ihren Mann Stiefel, kurz, sie tat wie ein Kriegsgewinnler. Nur daß der bargellos aus seinem Bankkonto bezahlte, während sie bargellos aufschreiben ließ, a conto der Teuerungszulage.

Toni Hartmann seinerseits gab sich nicht mit Kleinigkeiten ab. Er suchte sich Stoff für einen Wintermantel aus, der mit Futter und Radelohn 225 M. kosten sollte.

Endlich wurde die Zulage bewilligt. Hartmann erhielt 600 Gm. Zwölf Pfundschmalz legte ihm sein Weiser hin. Nachdem sich Toni überzeugt hatte, daß kein falscher dabei war, bestellte er den Segen heimlich in seinem Bücherstempel, damit ihm die Lina nicht drüber komme, die gern die Taschen „reinjagt“.

Zu Hause sagte er aber kein Wort. Wohl war es ihm dabei nicht. Jedem sah, wo so etwas wie „teuer“, „Bage“ oder auch nur ein „zu“ vorlief, guckte er zusammen. Ihm schmeckte brinnende Wein. Er magerte zusehends ab, fortwährend sah er angänglich in die Ecke, in der die „Zulage“ besetzt war.

Lina schlich schon seit einigen Tagen wie jenes fabelhafte Wesen um ihn herum, das an Kopf und Brust wohl einem Frauenzimmer ähnelt, sonst aber Löwenkrallen hat. Auf einmal gab sie ihm folgenden Rätsel auf:

„Hartmann, wo hast du die Teuerungszulage?“

Wenn sie böß war, sagte sie nämlich kurz und knapp: „Hartmann“, die Belohnung auf „Gori“.

Er zog sich ganz in sein molleses Jägerhemd zurück und hauchte nur so hin:

„Was hast du gesagt, Pindchen?“

„Komm mir nicht mit dem Schmus; ich pfeif auf dein „Pindchen“, wo die Teuerungszulage ist, will ich wissen.“

„Ach so, die Teu-Teuerungszulage? Hast du mich erschreckt. Weißt du das nicht? Dafür wollt ich mir doch einen Mantel machen lassen, ich brauch ihn doch so nötig.“

„Du gartiger Kerl, ich borge Holz, Fett, Stiefel und Wäsche zusammen und du verplämperst das Geld in Luxuswaren! Jetzt ham wir tausend Mark Schulden. Du was brauchst du an Rantel?“

Toni griff mit den Händen wie ein Ertrinkender um sich. Reife Fische er: „Tausend Mark Schulden, sagst du?“

„Ja. Hier und hier — und da und dies und hier...“ Sie scharrte ihm ein halbes Duzend „Kotlos“ auf den Tisch und feuerte seine neuen Stiefel auf den Küchensoden: „Die biste gar nicht wert.“ Schimpfte sie.

Hierauf setzte sich Lina an den Küchentisch, zog einen Hühner und begann zu weinen, daß es Toni fast das Herz zerriss.

Zwei Minuten führte er einen innerlichen Ringkampf mit den zwölf Pfundschmalz, dem Wintermantel, der schluchzenden Lina und der trüben Aussicht, nächsten Winter wieder die Knochen zu erlebieren. Endlich sagte er: „Lina, Mutter, 's war doch bloß ein Spaß, ich bring dir das Geld.“

Wie ein geschlagener Mann holte er aus seinem Bücherstempel zwischen den Blättern der Schrift: „Wie werde ich energischer?“ das Duzend grüne Scheine hervor. Er übergab sie seiner Frau mit einem Bild wie einer, dem eben sein kostbares Kind gestorben ist.

Sie aber drehte sich schnell um, griff nach dem Paket und schon getrübt, halb noch weinend, halb lachend, stieß sie einen Freudenstrei aus. (Sie wußte noch nicht, daß es nur Zwölfe waren.) Härtlich sagte sie:

„Ich mein, es ist doch auch nicht schlimm wegen dem Mantel. Wir haben zehn Fenner Holz und weisse was?, wir gehen immer abends früh schlafen. Was brauchst du denn da einen Lederstiefel?“ Er blinzelte sie trüb an. Hätte Lina genau hingesehen, hätte sie merken können, daß an seiner Wimper eine Träne hing. Sie tat es nicht, so brachte sie sich auch nicht den Kopf zu zerbrechen, meinte er über ihre Worte, über die Schulden, über den verlorenen Mantel, über die Teuerungszulage oder über sein ganzes Glend...

Strindbergs Traumspiel kam gestern neu einstudiert im Theater in der Königgräber Straße zur Darstellung. Liegt dieses Werk weßer Rot nicht irgendwie vor unserer Zeit? Sein Ton bricht hervor aus Menschenseid, das wir ewig nennen. In ihrem Gläubsel verlangen betrogen die Menschen, so oder so. Nicht gewinnen oder nicht halten können ist das immer verhängte Los. Immer

blutet als Grobpeinang das fliegende Wort: „Es ist schade um die Menschen“. Aber all die Szenen des Lebens, die der Dichtertraum Strindbergs vorüberdämmern läßt, können sie heute und genügen als Bilder, unser trübes Wissen vom Glück zu erweitern? All die schweren Fragen, die der Dichter aufwirft, knipfen an Dinge an, die heute so klein scheinen. Wir sind nicht mehr die kleinen Menschen der Jahrhundertwende. Massenmordwagen sind zerquetschend, erschneidend über die Menschheit hingegollt. Die wahr Strindbergs Samern wühlt, für dies Erleben gibt er keine Summe. Sein Traumspiel liegt vor unserer Zeit. Auch an der Ausführung wird das sichtbar. Die Regie tauchte das Ganze allzu nachgiebig in den Ton gedämpfter, wehender, weher Klage. Die Redungen waren zu wenig betont. Wir fordern aber harte, scharfe, schneidende Laute. Ein Dornengepeitscher, wie der Abbot, muß Schicksalswunden bezeugen. Alfred Abel blieb aber in weitem Abstand von dem stark Hopenden Menschenherzen Irene Triesch, der zum Erdenshaub niedergeschweben, in Erdennot ringenden Tochter Inbras. Der Offizier Ludwig Hartaus war von feindlichen Schwingungen befeht. I. d.

2000 neue Briefmarken. Das Jahr 1919 wird in der Geschichte der Briefmarken wohl auf lange hin eine einzigartige Stellung einnehmen, denn noch niemals vorher sind so viele neue Briefmarken ausgegeben worden. Die Gesamtziffer der verschiedenen neuen Briefmarken, die seit dem Dezember 1918 in Umlauf gekommen sind, beläuft sich auf etwa 2000. Der höchste Rekord, der bisher in der Ausgabe von Briefmarken gehalten wurde, fiel in das Jahr 1914, wo in der ganzen Welt 1288 neue Briefmarken in die Erscheinung traten. Etwa 1500 der neuen Marken entfallen auf die Schöpfungen der neuen europäischen Staaten. Polen hat seit dem Waffenstillstand mehr als 400 verschiedene Briefmarken ausgegeben; an zweiter Stelle steht die Ukraine mit etwa 175 neuen Marken. Die Tschechoslowakei und Jugoslawien machen sich mit 150 neuen Briefmarken, die jeder Staat geschaffen hat, den dritten Platz streitig. Dann kommt das bejubelte Rumänien mit 75 neuen Marken. Die übrigen Staaten haben durchschnittlich zwischen 30 und 50 neue Briefmarken in den Verkehr gebracht. Am beachtlichsten war die transkaukasische Republik Georgien, die sich bisher mit vier Marken begnügt hat. Das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen hat eine einseitige Briefmarkenausgabe vorgenommen. Das Neusee von Briefmarkenmarkt sind eine Serie von Kriegsmarken, die Monaco ausgegeben hat. Italien bringt eine neue 15-Centesimi-Marke in den Verkehr.

Die Familienbriefe Karl Liebknechts aus dem Felde und aus dem Juchaus gelangen in Kürze zur Veröffentlichung. Im Verlage von Karl Reiffner in Dresden wird von Harry Schumann eine Biographie Karl Liebknechts erscheinen, die Familie Liebknecht hat dem Verfasser außer zahlreichem, bisher unbekanntem Material auch seinen Briefwechsel zur Veröffentlichung überlassen.

Eine Kunstausstellung im Theater verlost das Bremer Schauspielhaus einzubürgern. Es hat mit etwa 60 Gemälden eine Ausstellung von Werken lebender Maler eröffnet, um den bereits länger ringenden Katern zu helfen und dem großen Publikum Werke der jungen bildenden Kunst wirklich nahe zu bringen.

Es muß unbedingt verhindert werden, daß wir im nächsten Herbst etwa bei guter Ernte keine oder zu wenig Futtermittel haben. Das läßt sich erreichen, ohne daß die Ernährung der Bevölkerung in diesem Jahre darunter leiden müßte.

Industrie und Handel.

Börse.

Die Börse ließ sich in ihrer Ruberität durch die Ausdehnung der Notlage über die ganze Ostsee nicht führen. Die Aufwärtsbewegung machte auf fast allen Gebieten Fortschritte, so namentlich am Petroleum, Montan- und Schiffahrtsaktienmarkt, wo zum Teil beträchtliche Kurssteigerungen zu verzeichnen waren. Kolonialwerte allerdings wiesen geringfügige Kursabschwächungen auf. Sehr fest waren wieder ausländische Papiere wie Schantung, Dt. Hebersee und Türkische Tabak-Aktien. Elektrizitätspapiere waren im allgemeinen gut gehalten. Farbwerke schlossen sich der Aufwärtsbewegung an, Rüstungspapiere zeigten uneinheitliche Tendenz. Banken waren vernachlässigt, heimische Anleihen gut behauptet.

Groß-Berlin

Die elektrische Versorgung Berlins.

Die Nachricht, daß Berlin bereits heute nachmittags mit vollem Aussehen der elektrischen Kraft für die Straßenbahnen, Hochbahnen und der Beleuchtung bedroht sei, entspricht nicht voll den Tatsachen. Im Elektrizitätswerk Danziger Straße arbeiten die Geizer und Maschinenisten nach und die Vertrauensmänner verhandeln mit der Direktion. Auch im Elektrizitätswerk Danziger Ufer ist kein Streik ausgedroht, noch unmittelbar bevorstehend; auch hier wird verhandelt. Das Elektrizitätswerk Mosbit und S. E. W. soll davon bedroht sein, daß der Strom für Beleuchtung und Straßenbahn abgeschnitten wird.

Die städtischen Gebäude polizeilich bewacht. Zur Vermeidung von Zwischenfällen werden das Rathaus, das Stadthaus, die Sparkasse und andere Gebäude, in denen städtische Bureaus untergebracht sind, von Mannschaften der Sicherheitswehr bewacht. Es sind zahlreiche Streikposten aufgestellt.

Streik der städtischen Arbeiter in Neukölln.

Die städtischen Arbeiter haben gestern den Vertretern der städtischen Körperschaften erklärt, daß sie aus Anlaß des Pfändungsstellensstreiks ebenfalls in einen Streik eintreten würden. Besondere Forderungen für sich haben die Arbeiter nicht gestellt. Der Streik ist denn auch gestern 12 Uhr mittags in Kraft getreten. Infolgedessen war Neukölln denn gestern abend bereits ohne Licht. Verhandlungen, die heute vormittag stattgefunden haben, führten zu dem Resultat, daß die Arbeiter bis heute abend weiter die Reinigungsarbeiten ausführen würden. Inzwischen werden weitere Verhandlungen stattfinden. Von den Vertretern der städtischen Körperschaften wurde erklärt, daß sie in Gemeinschaft mit Berlin die weiteren Verhandlungen führen möchten.

Mit 36 Geldbriefen durchgebrannt ist gestern der Buchhalter Ludw. Kahl vom Postamt W 68 in der Rauerstr. 60, der am Dienstag über 5 wohnt. Die Briefe enthielten nach der Wertangabe zusammen 70 000 M. Kahl ist 1,74 Meter groß und schlank, hat blondes Haar und einen kleinen Schnurrbart und trug gelbbraune Kleidung.

Der „tätowierte“ Offizier. Von einem Hotelbier bestohlen wurde in der vergangenen Nacht ein Geschäftsmann aus Mühlheim a. d. Ruhr, der in der Chausseestraße abgestiegen war. Er behielt 1500 M. bares Geld, Kleidungsstücke und Wertgegenstände für 8000 M. ein. Der flüchtige Dieb ist ein Mann von 25 Jahren, der als Offizier auftrat. Er trug Reichsweddrumform mit Krümmernmütze und Hingetrockenschuhe. Als besonderes Kennzeichen wird eine Tätowierung am Arm angegeben. Auffallend an dem Offizier ist außerdem, daß er die Berliner Mundart spricht. Der Dieb ist 1,70 Meter groß, hat blondes Haar und einen kurzgeschneitten Schnurrbart. Er ist wahrscheinlich ein verkleideter „Spezialist“.

Einbruch beim Rechtsanwalt Dr. Alberg. Die Einbrüche bei Rechtsanwälten haben sich fast zu einer „Spezialität“ ausgebildet. In der vergangenen Nacht wurde das Bureau der Anwälte Dr. Alberg, Dr. Ragenstein und Beske in der Markgrafstr. 8 durchsucht. Die Einbrecher erbeuteten mehrere Perlesteppiche und auch noch eine Schreibmaschine, Karle Remington Nr. 9, im ganzen für 80 000 M. Auf die Wiederbeschaffung des gestohlenen Gutes ist eine Belohnung von 4000 M. ausgesetzt.

Beim Spielen tödlich verunglückt ist gestern das fünf Jahre alte Tochterchen Gerda des Postausheifers Huse aus der Tistler Straße 25. Die Kleine tummelte sich vor der elterlichen Wohnung auf der Straße und kam so unglücklich zu Fall, daß sie unter die Räder eines Postwagens geriet. Sie wurde überfahren und auf der Stelle getötet.

Volkshochschule des Nordens. Schönhauser Allee 142. In nächster Woche beginnen die neuen Vortragskurse und Übungen, u. a. Montag 7 Uhr: Friedrich Edel (Oberleutnant Saltemmer); 9 Uhr: Sozialismus im Grenzgebiet (Dr. Kahner); Dienstag 8 Uhr: Kassel und Nibelungen (mit Bildbühnen, Dr. Kahl); Freitag 7 Uhr: Die bürgerliche Revolution 1848 (H. W. Brand). Einzelkurse und Vorträge an S. 4 und 6 R. durch die Geschichtsstelle, Wilhelmstr. 9 (Gumboldt 2827), und an der Abendkasse.

Radfahrer-Verband Berlin-Wien. Die Tage 404/403 zwischen Passau und Wien werden Mittwoch und Freitag wieder eingelegt und hierdurch die Radfahrer-Verband Berlin-Wien über Leipzig-Regensburg wiederhergestellt, und zwar Berlin ab 9.00 Uhr abends Dienstags und Donnerstags, erstmals den 16. Oktober mit Da 25 und Wien ab 12.00 Uhr mittags Mittwoch und Freitag mit Da 21 an Berlin 8.17 Uhr vorm.

Witmerdorf. Wer dazu beitragen will, daß uns in unserer Stadt ein Volkshaus erwache, der wende sich an die Geschichtsstelle des Deutschen Volksbundes, Berlin-Witmerdorf, Güdegarstraße 25, der dazu die nötigen Unterlagen bietet.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Mariendorfer-Züden. 1 Pfd. Kefel (14) 8-11 vormittags bis Sonnabend in der Volkshaus. Für Kriegsbeschädigte 500 Gramm Graupenmehl (42) bis 12. Oktober. Am Freitag für Viehhalter Einheitsfuttermittel. 30 Pf. Bezugszahl 11-2 im Rathaus, Zimmer 20/21, Ausgabe im Gymnasium 1-2 Uhr.

Etzgr. 10-13 Oktober: Für werdende Mütter 1000 Gramm Hafersoden im Paket, 500 Gramm Zwieback, 1 Dose Nougat (28). Für Kinder im 1. Jahr 750 Hafersoden (19K), im 2. Jahr 500 Gramm Hafersoden (19K), im 3. Jahr 500 Gramm Zwieback (15K), im 4. Jahr 500 Gramm Zwieback (15K), im 5. Jahr 500 Gramm Zwieback (15K), im 6. Jahr 500 Gramm Zwieback (14K). Für Jugendliche 200 Gramm gel. Rucin (44).

Wittenau. Freitag und Sonnabend 250 Gramm Auslandsmehl (L 20), 250 Gramm Hafersoden (85), 200 Gramm Auslandsmarmelade (86). Für Jugendliche 150 Gramm Graupen (45).

Gerzisdorf. Der Kartoffelbezugsverein empfangen hat, hat seine Kartoffelarten zur Vermehrung von Bestattung bis zum 20. Oktober im Rathaus, Zimmer 12, abzugeben.

Notwasser. Sonderzuteilung von 100 Gramm Margarine.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Marienside. Heute 7 1/2 Uhr: Öffentliche Frauenversammlung bei E. Weis. Genossin Lodenhagen: Armenrecht und Jugendpflege.

Charlottenburg. 1. und 2. Gruppe. Heute, 7 1/2 Uhr: Frauenabend bei Schellbach, Adm.-u. Elisabeth-Str. 6. Gen. 3. 3. 1. 1. „Der Werdegang des Sozialismus“.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeiter-Radsfahrer-Verein „Groß-Berlin“. Sonntag früh 7 Uhr Stunde bei Postdam, Krüger-Gasthof. Nachmittags 1 Uhr: Vorträge, Seepromenade. Start: Mariannenplatz.

Bildungsveranstaltungen.

Mariendorf-Züden. Freitag 8 Uhr im Gymnasium: 2. Volkshausabend. Eintritt 1 M. Karten an der Kasse.

Charlottenburg. Der Kursus über das Erfurter Programm beginnt am Freitag 7 Uhr in der Adm.-u. Elisabeth-Schule, Dandelmännstr. 26-28. Die Genossen, deren Gruppenführer die Teilnehmerarten noch nicht abgeholt haben, können dieselben am Eingang der Aula noch in Empfang nehmen. Auch „Vormittags“-Leser können daran teilnehmen.

Gewerkschaftsbewegung

Der Streik der Hilfsarbeiter.

Die zuständige Deputation Berlins war gegen Mittag zusammengetreten, um zu den im Hilfsarbeiterstreik unternehmen Maßnahmen Stellung zu nehmen. Beschlüsse der Deputation hierüber lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Die Vertreter der Magistrate der Groß-Berliner Gemeinden hatten sich bereits am Dienstag bereit erklärt, die durch den Schiedspruch vom 11. Oktober und den Streik geschaffene Sachlage mit den Vertretern der Hilfskräfte zu erörtern. Eine Sitzung in dieser Angelegenheit hat im Laufe des gestrigen Mittwochs stattgefunden. Die Forderungen der Hilfskräfte gingen auf eine Lohnregelung, die zur Grundlage nimmt die Bezahlung der einfachen Hilfskraft mit rein technischen Dienstleistungen bei siebenstündiger Arbeitszeit auf 6400 M. und steigend nach einem Jahr auf 6740 M. Auf dieser Grundlage sollten sich die weiteren Lohnklassen aufbauen. Die Hilfskräfte forderten weiter Bezahlung der Streiftage und Ausschluß jeder Maßregelung aus Anlaß des Streiks. Die Vertreter der Magistrate erklärten, daß sie nicht in der Lage seien, in Verhandlungen über Vergütungssätze einzutreten, die über diejenigen hinausgingen, auf welche das von den Hilfskräften selbst gewählte Schiedsgericht erkannt hat, daß sie aber ihren Magistratsbericht erstatten werden.

Die Streiklage.

Ueber die gegenwärtige Situation verbreitet das Nachrichtenamt des Magistrats folgende Mitteilung:

Am heutigen Tage ist die Zahl der arbeitswilligen Bureauhilfskräfte erheblich gesunken. Ganze Bureaus, die in Streik getreten waren, haben sich neuerdings für Wiederaufnahme der Arbeit entschieden. Nur aus Furcht vor dem Terror der Streikenden halten sich noch viele Arbeitswillige, wie auch aus vielen Inschriften hervorgeht, von der Wiederaufnahme der Arbeit zurück. Der Magistrat erläßt mit Rücksicht hierauf folgende Veröffentlichung:

Gegenüber Arbeitswilligen sind wiederholt von Streikenden Drohungen ausgesprochen worden, wie die Streikenden würden nach Beendigung des Streiks dafür sorgen, daß die Arbeitswilligen entlassen würden. Gegenüber dieser Art von Einwirkung auf die arbeitswilligen Bureauhilfskräfte sei ausdrücklich gesagt, daß für Feind der Arbeitswilligen geübt ist. Selbstverständlich hat auch kein Arbeitswilliger jemals irgendeinen Anteil an seiner Arbeitswilligkeit, insbesondere seine Entlassung nach Beendigung des Streiks zu befürchten.

Der Streik der Bureauhilfskräfte hat an den verschiedensten Stellen der städtischen Verwaltung zu schwerer Gefährdung breiter Schichten der werktätigen und notleidenden Bevölkerung geführt. Mit allergrößten Folgen muß unter Umständen bereits bei der Betriebskrankenkasse gerechnet werden. Der ganze Abfertigungsdienst von 40 Arbeitskräften ist im Auslande. Abfertigen sind an den Schaltern täglich 800 bis 1000 Erschienen, von denen etwa 500 Krankengeld beziehen und die andere Hälfte Wächterinnenunterstützung, Stillselder, Sterbegelder empfangen wollen oder Krankenhausaufnahmescheine holen müssen, den Vorkennnachweis befragen oder unverzüglich keine Heilmittel verschrieben haben sollen. Unmittelbare Bedrohung von Leben und Gesundheit des täglichen Krankheitsdurchschnitts von etwa 3000 Personen ist so nach zu befürchten.

Der Ruf des Vorstandes der Kasse, ihren Betrieb als lebenswichtig anzuerkennen, ist von der Streikleitung schroff abgewiesen worden.

Der Obmann des Angestelltenausschusses hat sogar erklärt, als er auf die Lebensgefahr hingewiesen wurde, die die Krankengeldempfänger betreffen würde, dann kommen sie eben in Lebensgefahr. Das Bureau der Kriegshinterbliebenenfürsorge beschäftigt 70 Hilfskräfte, bei dem 14 Arbeitswillige arbeiten. Ein Teil davon wurde von den Streikenden nicht durchgelassen. Gestern nachmittags wurden 12 Arbeitswillige, die die Hinterbliebenenfürsorge bearbeiten, von den eindringenden Streikposten mit Gewalt aus den Räumen entfernt. Diese Sühnlegung des Dergernats muß selbstverständlich zu einer Stauung der zahlreichen eindringenden Besuche führen, zu denen die schrecklichen Menschenverluste dieses Krieges geführt haben. Auch die Wohlfeil der Not unserer Kriegshinterbliebenen wird also nicht als lebenswichtige Arbeit von der Streikleitung angesehen.

Eine Stimme aus Beamtenkreisen.

Aus den Kreisen der Beamten wird uns geschrieben: Nachdem die Gemeindegewerkschaft ihren neuen Lohnvertrag durchgesetzt haben, dessen Höhe der Allgemeinheit, namentlich den „Bürgerlichen“, so hoch erschienen, obwohl damit noch immer nicht der Betrag erreicht wird, der als Existenzminimum nach den Berechnungen der Direktoren der städtischen städtischen Kanalar von Berlin und Schöneberg Silberstein und Kuegel für jeden Einwohner unserer Großstadt nötig ist, fangen nun auch die Bureauhilfskräfte an, angeblich unangemessene Forderungen zu stellen. Und auch die Beamten der Gemeindeverwaltung Groß-Berlins stehen seit längerer Zeit in Verhandlungen mit den Magistrats- und Gemeindegewerkschaften, um endlich eine der letzten Zeit einigermaßen Rechnung tragende Befolgungsreform durchzusetzen. Aber schon erhebt eine schrecklich orientierte Presse wieder ein großes Geschrei über die Begehrlichkeit der Beamten. Man mag über die Art und Weise, wie die Kriegshilfskräfte jetzt ihre Forderungen durchzusetzen versuchen, denken wie man will — vielleicht war das Eintreten in den Streik doch etwas überzill. Haben indessen die Kriegshilfskräfte nach Ansicht des Magistrats gelündigt, so hätte er gewiß noch lange kein Recht, mit der sofortigen Entlassung zu drohen, denn der Standpunkt: „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ ist nicht geeignet, die Gemüter

zu beschwichtigen. Kann man es den Kriegshilfskräften wirklich so sehr verdenken, wenn sie wenigstens mit den städtischen Beamten gleichgestellt werden wollen? Wissen Magistrat und Gemeindegewerkschaften nicht, daß auch die Beamten wenigstens die gleiche Forderung erhoben haben und darin mit sich nicht handeln lassen wollen? Endlich sollte der Magistrat von seinem Standpunkt, bei jeder Lohn- oder Gehaltsforderung immer die Öffentlichkeit wissen zu lassen, daß sie nun wieder so und so viel Steuern mehr zu zahlen haben werde, abgehen. Wir haben noch genug Kapitalisten und Schieber in unseren Mauern und noch genug andere Möglichkeiten, die Ausgaben für so beschämte Forderungen auszugleichen, als daß man immer gleich das große Publikum gegen diejenigen aufhetzt, die nun einmal leider aus dem Steuerjüdel der Allgemeinheit befreit werden müssen.

Der Metallarbeiterstreik.

Folgen des Geizerstreiks.

„Berliner Tageblatt“ und „Berliner Volkszeitung“ konnten heute nicht erscheinen, weil sich die Geizer, welche die Stromerzeugungsanlage im Plessing-Betrieb bedienen, dem Streik angeschlossen haben. Auch im Hause Scherl streiken die Geizer. Der „Lokalanzeiger“ konnte deshalb nur in beschränktem Umfang erscheinen.

Die Lügen der politischen Drahtzieher im Streik der Metallarbeiter.

Aus Organisationskreisen geht uns folgender Bericht zu: Am Mittwochabend tagte in den Zentralstellen eine Versammlung der zum Staats- und Gemeindegewerkschaften in Opposition stehenden Gewerbe-, Metallarbeiterverband, Fleischerverband, Bäckerverband, Verband der Maschinenisten und Geizer, Transportarbeiterverband, Landarbeiterverband u. a. Darin vom Transportarbeiterverband erstattete Bericht von den Lohnverhandlungen mit den Magistraten Groß-Berlins. Seinen Bericht mußte derselbe aber wiederholt unterbrechen, da inzwischen verschiedene Vertreter der streikenden Metallarbeiter, Geizer und Maschinenisten, sowie der im Streik stehenden Hilfsarbeiter der Stadt Berlin erschienen, um Propaganda für einen allgemeinen Streik zu machen.

Als erster trat als Beauftragter der Fünfzweck-Kommission sowie der Berliner Gewerkschaftskommission der Arbeiterrat Böse von den Elektrizitätsarbeitern auf und erklärte, daß fordern der allgemeine Streik beschlossen sei. Seine Ausführungen unterbrach derselbe noch damit, daß er nicht Zeit habe, sein Auto stehen zu lassen und er habe den Auftrag, noch weiter zu fahren und an anderen Stellen dieselben Mitteilungen zu machen. Böse erklärte, um Stimmung zu machen, die Hochspannung und die Hauptkabel seien bereits herausgenommen, so daß der Süden und Westen mit Ausnahme der Straßenbeleuchtung ohne Licht seien. Auch die Straßenbahnen hätten beschlossen, sich bis um drei Uhr dem allgemeinen Streik anzuschließen. Nur Ortman, der Bevollmächtigte des Transportarbeiterverbandes, sei den Elektrizitätsarbeitern und Metallarbeitern in den Rücken gefallen.

Als ihm ein Redner auf diesen faulsten Schwindel entgegentrat, verstand der würdige Beauftragter der Fünfzweck- und Gewerkschaftskommission schnell. Kurz darauf erschien der Obmann der Arbeiterräte Hill und teilte der schon erregt werdenden Versammlung mit, nachdem Vorwiegend zum zweitenmal seinen Bericht unterbrechen mußte, daß der allgemeine Streik bereits beschlossen sei. Das Verkehrsgewerbe stehe in einer Stunde, also um 9 Uhr still. Ein merkwürdiger Gegenstand zum ersten Redner Böse. Die Elektrizitätsarbeiter hätten beschlossen, mit den städtischen Hilfsarbeitern so lange zu streiken (also nicht mehr der Metallarbeiter wegen), bis die Forderungen der städtischen Hilfsarbeiter bewilligt seien; bereits in 64 Rathbargemeinden Berlins wollen die Hilfsarbeiter sich dem Streik anschließen. Auch ein Vertreter der streikenden Hilfskräfte, Witrowski oder ähnlich, der sich als Mitglied der U. S. V. vorstellte, unterbrach die auf Stimmengang berechneten Angaben des Hill. Nachdem es also den Drahtziehern gelungen war, die Versammlung für ihre Lügen zu begeistern, und Zustimmung zum allgemeinen Streik abgegeben wurden, waren dieselben Versammlungsteilnehmer beim Verlassen des Versammlungssaals entschlossen, als Berlin noch auf dem alten Platz stand. Die Straßenbahnen führen noch, das Licht brennt in allen Wohnungen und Häusern und die Druck- und die Zeitungen, denen nach Hill besonderer Angabe in i Ausnahmefällen der „Freiheit“ der Strom entzogen sei, arbeiten in der alten Weise. Wären die Männer anwesend gewesen, so wären sie von manchem Versammlungsteilnehmer auch ohne elektrische ganz gehörig nach Hause gebracht worden, denn die Ermächtigung der vorher betrauten Menge war zu pflichtig.

Vom Zentralverband des Verbandes der Maschinenisten und Geizer wird uns mitgeteilt, daß die in unserer Mittwochnachricht wiedergegebene Meldung einer Korrespondenz, die Zentralleitung sei mit den Maßnahmen der Berliner Ortsverwaltung nicht einverstanden, unzutreffend sei. Der nun zur Tagesordnung geordnete Streik sei von der Zentralleitung der Organisation gebilligt.

Im übrigen legt die Organisationsleitung Wert auf die Festhaltung, daß sie sich in ihren Maßnahmen lediglich von den wirtschaftlichen Zielen des Streiks leiten lasse.

Der Achtsundentag der Krankenpfleger in Gefahr.

Eine mehrere tausend Personen zählende Versammlung des Pflegepersonals der öffentlichen und privaten Krankenhäuser füllte den großen Saal des Lehrvereinshauses. Der Gemeindegewerkschaftsverband hatte die Versammlung einberufen als Protest gegen die auf Beseitigung des Achtsundentages gerichteten Bestrebungen von Anstaltsleitern.

Der Referent Paul Schulz führte aus: Die Verordnung vom 23. November 1918 hat auch dem Krankenpflegepersonal den Achtsundentag gebracht. Das war für diese Berufsgruppe eine wahrhaft revolutionäre Errungenschaft. Ausgenommen vom Achtsundentag sind allerdings immer noch die Pfleger in Wohltätigkeitsanstalten, die als Beamte angesehen und das als „Geldbegehrende Personal“. Es gibt aber jetzt noch unter die Verordnung fallende Anstalten vor den Toren Berlins, wo eine erheblich längere Arbeitszeit herrscht. Richtig hat eine vom Reichsarbeitsministerium aus dem Reichs- und Anstaltsleitern zusammengesetzte Konferenz stattgefunden, die sich zu einem die Arbeitszeit in den Kranken- und Pflegeanstalten regierenden Gesetzentwurf zu äußern hatte. In dieser Konferenz — an der auch der Referent teilnahm — haben sich die Anstaltsleiter unter Führung des Geheimrats Krone von der Preussischen Regierung gegen den Achtsundentag ausgesprochen. Es wurde beantragt, eine Kommission einzusetzen, die bei Beratung des Gesetzentwurfes die 60 stündige Arbeitswoche zur Grundlage nehmen sollte. Demgegenüber haben die Pfleger an der Forderung fest: Gesetzliche Festlegung der 48 stündigen Arbeitswoche und einer ungeteilten 36 stündigen Ruhezeit in jeder Woche. Diese Forderung soll ohne Ausnahme Geltung erhalten, also auch für die gemeinnützigen Anstalten, für die Beamten und das „Geldbegehrende“. In diesem Sinne hat der Verband dem Ministerium Abänderungsanträge zu dem Gesetzentwurf eingereicht. Der Referent schloß mit der Versicherung, daß sich das Pflegepersonal seine Rechte nicht nehmen lassen wird.

Marie Friedrich, Leiterin der Sektion der Krankenpfleger im Gemeindegewerkschaftsverband, betonte, das Pflegepersonal werde es sich unter keinen Umständen gefallen lassen, daß am Achtsundentag gerüttelt wird.

Nachdem noch einige Redner in demselben Sinne gesprochen hatten, nahm die Versammlung einstimmig eine Resolution an, welche Protest erhebt gegen die von den Anstaltsleitern in der erwähnten Konferenz erhobene Forderung auf Beseitigung des Achtsundentages. Weiter heißt es in der Resolution, nur durch die ausnahmslose gesetzliche Festlegung des Achtsundentages ist